

Erbsünde

Kamala Harris ist nicht die erste schwarze Kandidatin für das zweithöchste Staatsamt der USA. Sie sollte auf ihre Vorgängerin vor fast 70 Jahren schauen

VON NORBERT FREI

Es gab Zeiten, da sorgte sich Amerika noch um sein Ansehen in der Welt. „Die Rassendiskriminierung in den Vereinigten Staaten bleibt für diese Regierung und ihre Außenbeziehungen eine Quelle ständiger Verlegenheit; sie beeinträchtigt die effektive Wahrnehmung unserer moralischen Führungsrolle unter den freien und demokratischen Nationen der Welt.“

Mit diesen Worten ließ sich, gegen Jahresende 1952, Dean Acheson zitieren, der Chef des State Department im Kabinett des scheidenden demokratischen Präsidenten Harry S. Truman. Die Feststellung des Außenministers fand Eingang in ein laufendes Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof der USA, das unter dem Namen „Brown v. Board of Education“ Geschichte schrieb. Der Vater von Linda Brown, einem kleinen schwarzen Mädchen aus Topeka, hatte mit Unterstützung der National Association for the Advancement of Colored People Klage gegen die Schulbehörde eingereicht, weil seine Tochter wegen der in Kansas geltenden Rassentrennung einen einstündigen Schulweg auf sich nehmen sollte, obwohl die nächste – weiße – Schule nur ein paar Blocks vom Haus der Familie entfernt war.

Der Blick auf Charlotta Bass zeigt, wie deprimierend ungelöst viele Probleme noch immer sind

Als die Browns 1954 schließlich recht bekamen, war längst Dwight D. Eisenhower Präsident, der populäre, selbst in Kansas aufgewachsene vormalige Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Europa. „Ike“ brachte zwar die schon von Truman 1948 angeordnete Aufhebung der Rassentrennung beim Militär voran, schwieg sich zu dem Schulurteil zunächst aber aus. Im September 1957 allerdings, als an der Central High School von Little Rock im Bundesstaat Arkansas die Lage eskalierte, schickte der Präsident 1200 Fallschirmspringer, um den Widerstand eines weißen „Mobs“ (Eisenhower) zu brechen und der kleinen Gruppe schwarzer Schülerinnen und Schüler Zutritt zu verschaffen.

„Ike“ hatte sich 1952 nach einigem Zögern von den Republikanern für das Amt des 34. Präsidenten aufstellen lassen und im Zeichen des Koreakrieges einen klaren Sieg über den demokratischen Kandidaten Adlai Stevenson davongetragen. Von der interessantesten Bewerbung in diesem Wahlkampf nahm damals aber kaum jemand Notiz, und bis heute hat sich daran wenig geändert: Auf der Liste der Progressive Party kandidierte Charlotta Bass als Vizepräsidentin – eine schwarze Verlegerin an der Seite eines weißen Rechtsanwalts namens Vincent Hallinan. Doch anders als noch 1948, als Henry A. Wallace für die *third party* immerhin einen Achtungserfolg erzielte, war die Linke vier Jahre später völlig chancenlos; in der Hochphase des McCarthyismus war es ein Leichtes, jeden Gegner des Kalten Krieges als verkappten Kommunisten zu verzeichnen.

Die „Neuyorker Negerin“ Bass, der die FAZ im Sommer 1952 immerhin eine Meldung widmete, ließ sich davon freilich nicht beeindrucken – so wenig wie von der Tatsache, dass Hallinan mitten im Wahlkampf „wegen Missachtung eines Gerichts“ im Gefängnis saß.

Schon bei ihrer Nominierung auf dem Parteitag der Progressiven Ende März 1952 in Chicago hatte Charlotta Bass klargemacht, welche Symbolkraft sie ihrer Kandidatur für das zweithöchste Amt im Staat beimaß. Vor dem Hintergrund ihrer lebenslangen Erfahrungen in der Bürgerrechtsbewegung ging es ihr nicht um Sieg oder Niederlage, sondern darum, die richtigen Themen zu setzen. Exakt aus diesem Grund hatte sie über vier Jahrzehnte hinweg in Los Angeles das Wochenblatt *California Eagle* herausgegeben (die meiste Zeit davon als Mitglied der Republikanischen Partei): „Während dieser 40 Jahre stand ich auf einem Wachturm und beobachtete die Flut des Rassenhasses und der Bigotterie gegen meine Leute und gegen alle Menschen, die glauben, dass die Verfassung mehr ist als ein Stück vergilbtes Papier, das im Archiv in einer Glasvitrine verschlossen werden kann – sie ist ein lebendiges Dokument, ein Arbeitsinstrument für die Freiheit.“

Bass nutzte dieses Instrument: in Artikeln gegen den Ku-Klux-Klan, gegen Polizeibrutalität, gegen eine rassistische Justiz, die, wie im Fall der „Scottsboro Boys“ Anfang der Dreißigerjahre, immer wieder skandalöse Urteile gegen Schwarze verhängte; aber auch als frühe Fürsprecherin einer multiethnischen (Stadtteil-)Politik und einer allgemeinen Krankenversicherung, die in den USA bekanntlich bis heute fehlt. Während des Zweiten Weltkriegs stand ihre Zeitung unter Verdacht, von Japan und Deutschland finanziert zu werden, und natürlich gehörte die Publizistin zu jenen kritischen Geistern, die wegen ihres Eintretens für eine friedliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als angebliche Kommunisten kontinuierlich überwacht wurden. Noch 1967 stufte das FBI die Greisin als Sicherheitsrisiko ein.

Charlotta Bass starb am 12. April 1969; vor einer Woche widmete ihr die *New York Times* in der Rubrik „Übersehen“ einen Nachruf, selbstredend angesichts der Kandidatur von Kamala Harris.

Gewiss hat es wenig Sinn, Bass und Harris zu vergleichen – nicht nur, weil die Bewerbungen der beiden fast siebzig Jahre auseinanderliegen und Bass, anders als Harris, als Kandidatin der unbedeutenden Progressive Party nie eine echte Chance auf die Vizepräsidentschaft hatte. Und doch zeigt der Blick zurück, wie deprimierend ungelöst viele der Probleme noch immer sind, die Amerika schon zu Zeiten von Charlotta Bass bewegten.

Dass der Rassismus die Vereinigten Staaten gegenwärtig in einer Weise erschüttert wie seit den späten Sechzigern nicht, ist Donald Trump zuzurechnen. Aber Kamala Harris sollte sich bewusst sein, wie viele Chancen zuvor versäumt worden sind in den beiden Amtszeiten von Barack Obama, dessen Lebensweg dem ihren nicht so unähnlich ist. Und Joe Biden wird sich hoffentlich an seine Zeit als Obamas Vize erinnern, wenn er, wie unlängst in Kenosha, davon spricht, dass es die „Erbsünde dieses Landes“ endlich zu überwinden gelte: „Die Sklaverei und all die Überreste davon.“



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena und leitet das Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts.